

Hannelore Kraft

Eine Politik der sozialen Vernunft

In der Ausgabe 9/2008 dieser Zeitschrift formulierte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers gedankliche Eckpunkte für eine soziale Marktwirtschaft. Die SPD-Landesvorsitzende in NRW hält ihm hiermit ihre Sicht auf die vor allem wirtschaftlichen Herausforderungen entgegen, und wie die Politik mit ihnen umgehen sollte.

Hannelore Kraft

(* 1961) ist seit Januar 2007 Landesvorsitzende der NRW-SPD.



hannelore.kraft@landtag.nrw.de

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stehen vor einer riesigen Herausforderung: Wir müssen die Krise meistern, die unser Wirtschafts- und Finanzsystem erschüttert und wollen zugleich für die Zukunft Regeln und Strukturen schaffen, die derartige Entwicklungen verhindern. Es geht in dieser Situation darum, die soziale Marktwirtschaft zu schützen: sowohl vor den Marktreaktoren wie vor den Staatsreaktoren, die ihre Grundlagen gefährden oder sie sogar zerstören wollen.

Fehler im System

Die krisenhafte Entwicklung an den Finanzmärkten in der zweiten Hälfte dieses Jahres und ihre immer deutlicher werdenden Auswirkungen auf die Realwirtschaft und an den Arbeitsmärkten haben eindringlich vor Augen geführt, wie unsicher, wie zerbrechlich die Basis unseres Wohlstandes und damit auch unserer sozialen

Sicherheit ist: Banken, Versicherungen, die gesamte Finanzindustrie haben sich als anfällig für Krisensituationen erwiesen, die sich mit großer Geschwindigkeit rund um den Globus ausbreiten. Und eine Krise in der Finanzwelt springt, wenn sie nicht aufgefangen werden kann, unmittelbar und möglicherweise sogar noch mit erhöhter Wirkung in die Realwirtschaft und auf die Arbeitsmärkte über. Um ein altes Bild neu zu gebrauchen: Wenn die Banken einen Husten haben, bekommt die Realwirtschaft schnell eine Lungenentzündung.

Das liegt sicher auch an der zunehmenden Verflechtung der Märkte, aber das ist es nicht allein. Die aktuelle Krise hat schonungslos offengelegt, dass es keine funktionierenden systemeigenen Kontrollmechanismen, keine Leitplanken gibt, um einen auftretenden Schaden zu begrenzen. Ohne das Eingreifen der Staaten hätte sich die Finanzkrise ungebremst weiterentwickelt und das System wäre zusammengebrochen. Sicher haben Leichtsinns-, Fehlentscheidungen und auch die Selbstüberschätzung einiger Banker, Broker, Manager genau wie die Forderungen der Anleger nach immer schnelleren und immer höheren Renditen entscheidend zur Krise am Finanzmarkt beigetragen. Aber wer nur in diese Richtung nach den Ursachen sucht, der greift zu kurz: Es war nicht nur ein individuelles Fehlverhalten, das uns an den

Rand des wirtschaftlichen Abgrunds gebracht hat, es waren in letzter Konsequenz Fehler im System.

Eine Folge der Krise ist ein schnell voranschreitender Vertrauensverlust der Bevölkerung in das Funktionieren unseres Wirtschaftssystems. Insbesondere das Vertrauen in seine »Sicherheitsgurte« ging verloren. In einer solchen Situation muss sozialdemokratische Politik Ängsten entgegen wirken, Perspektiven für den Weg in eine sichere Zukunft aufzeigen und eine rationale Debatte in der Gesellschaft über eine Wirtschaftspolitik initiieren, bei der der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht der Markt. In dieser Debatte geht es darum, die richtigen Schlüsse aus der Krise zu ziehen. Meine Schlussfolgerung lautet: Nicht die soziale Marktwirtschaft ist gescheitert, sondern das Soziale in der Marktwirtschaft ist zu weit zurückgedrängt worden. Die Fehler im System sind nicht grundsätzlicher Natur, sie sind Resultat einer Politik, die die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft zunehmend unterhöhlt hat.

Der »schlanke« Staat ist gescheitert

Das Motto dieser Politik lautet: Privat vor Staat. Der Staat soll sich raushalten, der Markt kann alles besser. Das Ideal war der schlanke, ja sogar der magersüchtige Staat. Auch Sozialdemokraten haben sich nicht immer vehement genug gegen diesen Trend gewehrt. Aber im Gegensatz zu Konservativen und Liberalen haben Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren diese Fehlentwicklungen erkannt, die auf den internationalen Kapitalmärkten entstanden waren, und sind darum für Transparenz und für verbindlichere Regeln eingetreten: Gerhard Schröder in Gleneagles genauso wie Peer Steinbrück bei den G7-/G8-Treffen in Essen und in Heiligendamm. Im Grundsatzprogramm der SPD wurde der richtige Weg beschrieben: Politik muss Globalisie-

rung gestalten, im Interesse der Menschen in unserem Land. Heute scheint es manchmal so, als sei diese Erkenntnis Allgemeingut. Aber viele, die jetzt von Regulierung der Märkte und verbindlichen Regeln sprechen, haben gestern noch der Deregulierung und dem ungezähmten Kapitalismus das Wort geredet und sie mit politischen Entscheidungen nach Kräften gefördert.

Die Politik der CDU/FDP-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen zeigt das exemplarisch. Sie ist geprägt von dem Motto »Privat vor Staat«: Verkauf der landeseigenen Wohnungen, eine Veränderung des Sparkassengesetzes, die eine Privatisierung möglich macht, Abbau der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst, massive Einschnitte in das soziale Netz sind hier die Stichworte. Ein zentraler Beweis für die Marktradikalität der Landesregierung ist ihre Unfähigkeit anzuerkennen, dass für die Kommunen und ihre Einrichtungen andere Maßstäbe als die des Marktes gelten müssen. Bei der Daseinsvorsorge geht es um die Grundversorgung der Menschen mit allem, was sie dringend und wichtig brauchen. Hier ist der Staat in der Verantwortung, daraus kann und darf er sich nicht zurückziehen. Er kann mit Privaten kooperieren, aber er muss am Ende die Verantwortung dafür behalten, dass die Leistungen für die Menschen überall, egal ob in der Eifel oder auf der Hallig Hooge, in gleicher Qualität zu einem guten Preis, bezahlbar für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger zur Verfügung stehen.

Auch die Wirtschaft will heute am liebsten vergessen machen, was sie in den letzten Jahren an Systemveränderungen gefordert hat. Nicht alle, aber auch nicht wenige Unternehmer und Manager haben gefordert, sie von vermeintlich lästigen Fesseln zu befreien. Ihr Credo war »Der Markt regelt sich am besten selbst.« Erst die aktuelle Krise hat das Bewusstsein dafür geschärft, dass diese Ideologie gescheitert ist. Das gilt gleichermaßen auch für die entgegen gesetzte Ideologie: »Der Staat soll alles regeln.« Diese Po-

sition verkennt, dass Marktwirtschaft als soziale Marktwirtschaft ein gutes System und das Wettbewerb grundsätzlich ein gutes Prinzip ist. Aufgabe der Politik ist es allerdings, diesen Wettbewerb mit verbindlichen Spielregeln fair zu organisieren, deren Einhaltung kontrolliert wird – und zwar nicht nur in Deutschland, sondern insbesondere auch in Europa und darüber hinaus in der globalisierten Welt.

Weg aus der Vertrauenskrise

Für Sozialdemokraten steht der Mensch im Mittelpunkt und nicht der Markt. Dieser Ansatz wird von immer mehr Menschen in unserem Land geteilt. Sie wollen einen sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, eine »Wir-Gesellschaft«. Soziales Denken und Handeln erlebt eine Renaissance: Nicht

nur an sich selbst denken, die anderen, das Ganze, die Gesellschaft im Blick haben. Mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger denken so und sie handeln auch so. Der stärkste Ausdruck dafür ist das hohe gesellschaftliche Engagement der vielen ehrenamtlich Tätigen in unserem Land. Zu ihnen gehören auch viele Unternehmer, insbesondere aus kleinen und mittleren Unternehmen, Familienbetrieben und dem Handwerk, sowie Manager und Freiberufler, die ihre soziale und gesellschaftliche Verantwortung kennen und ihr gerecht werden.

Es ist gut, dass auf diese Weise aus der Mitte der Gesellschaft heraus ein Weg aufgezeigt wird, der aus der Vertrauenskrise führen kann. Die Menschen werden umso eher wieder Vertrauen in die Politik und die Wirtschaft fassen, je mehr dort die Bereitschaft wächst, Verantwortung zu übernehmen und zu der eigenen Verantwortung zu stehen. Gemeinsame Anstrengungen von Privat und Staat werden erforderlich sein, um die aktuelle Krise erfolgreich zu bestehen. Neues Vertrauen erfordert auch wieder Sicherheit. Stichworte hier sind das Recht auf soziale Teilhabe und die Chance zum gesellschaftlichen Aufstieg. Die falsche Lösung wäre, den Weg in eine »Charity-Gesellschaft« einzuschlagen: Privates soziales Engagement ist gut, aber es kann und darf staatlich garantierte Teilhaberechte nicht ersetzen.

Mein Fazit lautet: Wir brauchen jetzt eine Politik der sozialen Vernunft. Die soziale Marktwirtschaft hat sich als Instrument bewährt, um wirtschaftlichen Erfolg und eine sozial gerechte Gesellschaftsordnung miteinander zu verbinden. Sozialdemokraten müssen sich gerade in der aktuellen Krise dafür einsetzen, dem Markt klare Rahmenbedingungen vorzugeben, um das Soziale in der sozialen Marktwirtschaft wieder zu stärken und so ein überzeugendes Gegenmodell zu den Konzepten der Marktradikalen wie der Staatsradikalen anzubieten. Dies gilt regional, im Bund und in Europa.